



GUILLAUME HERBAUT / INSTITUTE FOR ARTIST MANAGEMENT

FOTO-TABLEAU: «RUSSLANDS JUGEND» 5/5

Der Fotograf Guillaume Herbaut, Jahrgang 1970, war Gründungsmitglied der französischen Fotoagentur «Eil public». Seit einigen Jahren widmet er sich vor allem historisch bedeutsamen Schauplätzen – wie etwa Tschernobyl, Auschwitz und Nagasaki. Seine Arbeit wurde mehrfach ausgezeichnet. Im Bild: Studenten während ihrer Abschlussfeier in der Moskauer City-Hall. Bei dieser Feier werden die besten Hochschulabsolventen des Jahres zelebriert.

www.nzz.ch/tableau

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Umstrittene Sonderpädagogik

Endlich gelangte auch die Zürcher Bildungsdirektion zur Einsicht, dass ihr Sonderpädagogisches Konzept nicht praxistauglich ist (NZZ 12. 6. 10). Die ganze Materie bleibt allerdings nach wie vor verworren, und die geplanten Erleichterungen zeigen nur kleine Entgegenkommen und nicht die nötigen radikalen Verbesserungen. Liest man z. B. von diesen geplanten «Förderzentren», so kommt schon ein wenig der Verdacht auf, die Bildungsdirektion habe insgeheim längst eingesehen, dass die beste Lösung eine generelle Wiedereinführung der Kleinklassen wäre, doch darf dies nicht eingestanden werden, um das Gesicht gegenüber der Erziehungsdirektorenkonferenz zu wahren.

Für die Klassenlehrkräfte ist doch der Fall klar: Vielen Kindern wird mit einer nur stundenweisen Förderung in der Regelklasse nach wie vor überhaupt nicht gedient, und ob die Zahl der durch Zusatzlehrer begleiteten Lektionen ein wenig steigt, ist (sofern das nötige Personal überhaupt gefunden wird!) bezüglich Belastung der Klassenlehrer und der Normalklassen ohne Belang. Die ständigen Absprachen, Rücksichtnahmen und Koordinationsprobleme bleiben, ganz abgesehen von jenen Stunden, in welchen die Klassenlehrperson schwierige Kinder dennoch alleine führen muss. Die Bemerkung im NZZ-Kommentar stimmt genau: Mit dem

Verzicht auf das Gesamtkonzept wird kein einziges Problem gelöst. Es wäre deshalb fatal, sich weiterhin im Grundsatz gegen die Kleinklassen zu wehren.

Oskar Meier, Bazenheid

Selbstverständlich kann man den Grundsatz, wonach möglichst alle Kinder in Normalklassen zu unterrichten sind, unterstützen, und es darf niemals jemandem leichtfertig der normale Weg in der Ausbildung vorenthalten werden. Es gibt aber, wie sich gerade im Laufe vieler Diskussionen der letzten Monate gezeigt hat, trotzdem Kinder, für welche die Regelklassen keine optimale Lösung darstellen. Umgekehrt fehlen ihnen aber auch die entscheidenden Merkmale zu einer Einweisung in eine Sonderschule. Für solche Fälle wären Kleinklassen ideal, und man müsste deshalb unbedingt im Zuge der Reorganisation des Konzeptes den Gemeinden auch wieder das Einrichten solcher spezieller Klassen bewilligen, ohne daran erschwerende Bedingungen zu knüpfen.

Werner Wunderli, Meilen

Ich bin für Integration. Und ich begrüsse Bildungsdirektorin Aeppli's Entscheidung, auf das Sonderpädagogische Konzept zu verzichten. Die Volksschule ist bis auf weiteres mit der Umsetzung der Integrationsförderung (IF) von Kindern mit Lernbehinderungen und Schulschwierigkeiten beschäftigt. Diese Reform ist umfassend und einschneidend genug, so dass es richtig ist, eine breitere angelegte Aufnahme von Kindern und Jugendlichen mit schwereren Behinderungen sorgfältig anzugehen.

Dass Regine Aeppli gleichzeitig die Vorschrift aufheben will, IF habe während eines Drittels der Zeit im Klassenzimmer stattzufinden, finde ich hingegen verhängnisvoll. Statt «Klassenzimmer-Unterricht» müsste es ohnehin korrekterweise «Teamentaching» heissen, was einem von der Klassenlehrperson und der schulischen Heilpädagogin gemeinsam verantworteten Unterricht

entspricht. Dieser kann wohl im selben Zimmer stattfinden, je nach gewählter Methode jedoch auch in zwei verschiedenen Räumen. Das Integrierende soll jedoch im Mittelpunkt stehen. Es meint eine Arbeit am selben Gegenstand, und zwar so individuell aufbereitet, dass sich alle beteiligen können. Die Frage, wie man mit der grossen Verschiedenheit von Kindern umgehen kann, war seit eh und je relevant in der Pädagogik. Sie konnte bis anhin allerdings insofern teilweise umgangen werden, als Schülerinnen und Schüler, die nicht in die Norm gepasst haben, den Sonderklassen zugeteilt werden konnten. Die Lösung kann also nicht einfach in einer Aufstockung der heilpädagogischen Unterstützung liegen, wie sie allenthalben gefordert wird. Dazu fehlen die Mittel ebenso wie die ausgebildeten Fachpersonen. Not tut eine Umstellung auf ein erweitertes Repertoire von Unterrichtsformen, insbesondere auf solche des eigenständigen und kooperativen Lernens.

René Zimmerli, Winterthur

Entrüstung über Israel

Gott sei Dank gibt es Israel! Dank seinem Lebenswillen und leider am Gängelband der Hamas kann sich periodisch die Welt vereinigen in allgemein gutmenschlicher Entrüstung. Ein allgemeiner Schrei der Empörung, medienwirksam inszeniert, lässt alle anderen Probleme verschwinden. Unsere Aussenministerin schaut erstarrt in die Linse. Extremisten, denen Menschenleben Mittel zum Zweck sind, triumphieren und versprechen mehr vom Gleichen. Kritische Juden und bibelfeste Wohlmeinende outen sich. Nein, das hat nichts mit Anti- oder Philosemitismus zu tun, sondern ist einfach albern. Echte Lösungsrezepte hat natürlich niemand, und billige sind kaum hilfreich.

Ania Peter, Oberwil (BL)

Courant normal mit Libyen?

Ich freue mich über die Freilassung von Max Göldi und kann die Erleichterung seiner Familie und Freunde nachvollziehen. Die gefasste Haltung, die er anlässlich der Medienkonferenz in Bern gezeigt hat, ist bewunderungswürdig. Man kann sich vorstellen, dass Max Göldi nicht der Letzte ist, dem in Libyen so etwas zustösst. Spätestens seit der Gefangennahme der bulgarischen Krankenschwestern weiss man, wie unberechenbar und grausam der Despot Ghadhafi sein kann. Die Schwestern und ein Arzt waren unschuldig zum Tod verurteilt worden und sassen acht Jahre im Gefängnis. Man muss in Libyen nichts falsch machen, um eingesperrt zu werden. Wer also als ABB-Manager mit sicher respektablem Gehalt (inklusive Gefahrezulage?) nach Libyen geht, geht freiwillig und nimmt das Risiko in Kauf. Unsere Diplomatie will jetzt die Beziehungen zu Libyen normalisieren. Nicht alle finden das eine gute Idee, und Nationalrat Andreas Gross sagt es deutsch und deutlich: Mit einer Diktatur macht man nicht ungestraft Geschäfte. Libyen liefert uns Öl und ist ein beliebtes Investitionsziel. Ich denke, wir müssen uns überlegen, wie viel wir bereit sind (finanziell und moralisch), für unsere warme Stube zu bezahlen.

Ruth v. Blarer, Zürich

Kanton hat für die BVK geradezustehen

Das Licht zieht die Motten an. Dort, wo das Geld ist, zieht es auch Leute hin, die nicht nur erhabene Absichten hegen. Pensionskassen sind geradezu Biotop für diesen Menschenschlag. Der aktuelle Korruptionsskandal der kantonalen Pensionskasse BVK ist kein Einzelfall (NZZ 8. 6. 10). Wegen ihrer Grösse ist es aber umso wichtiger, dass die Kontrolle der Exponenten strikte ist und funktioniert.

Falls sich herausstellt, dass es Lücken in der Kontrolle gab, ist der Kanton als Arbeitgeber und als Alleinverantwortlicher über die BVK gefordert. Bei der BVK sind die Versicherten nach wie vor ausgeschlossen von einer paritätischen Mitbestimmung. Falls die Korruption zum Schaden des Ersparnen der 80 000 BVK-Versicherten ging, so haben der Kanton und die weiteren angeschlossenen Arbeitgeber dafür geradezustehen.

Diese Einzelpersonen dürften vergleichsweise aber kleine Fische sein: Es ist daran zu erinnern, dass der Kanton und die angeschlossenen Arbeitgeber zwischen 1998 und 2001 durch Beitragsenkungen ihre Finanzen auf Kosten des Ersparnen der BVK aufbesserten.

Diese Vorgänge erfüllen nach bestehendem Recht offenbar nicht den Straftatbestand eines Vermögensdelikts. Würden die Arbeitgeber diese Rückstände endlich einzahlen, so wäre die Unterdeckung der BVK auf einen Schlag behoben. Angesichts dieser Fakten ist es völlig inakzeptabel, dass der Regierungsrat über Leistungssenkungen bei der BVK nachdenkt.

Christoph Lips, Zürich
VPOD-Regionalsekretär

Ich bin Versicherter der BVK und seit zwei Monaten Rentner. Meine Rente ist nominal gesichert, real werde ich indes aufgrund der zu erwartenden Inflation erhebliche Einbussen erleiden, da die BVK in den nächsten 20 Jahren nicht in der Lage sein wird, den Kaufkraftverlust mittels Rentenerhöhungen auszugleichen. Die aktiven Versicherten werden auf mittlere Frist angesichts der schlechten Finanzprognosen im Kanton Zürich weder Realloohnerhöhungen noch Teuerungsausgleich erhalten.

Diese Entwicklung kommt nicht aus heiterem Himmel: Ich weiss von keiner Kasse dieser Grösse und Bedeutung, welche in den letzten Jahren ähnlich schlechte Werte in Bezug auf Performance und Deckungsgrad aufweist (Deckungsgrad derzeit: 87 Prozent). So wurden z. B. zwischen 2002 und 2009 durchschnittlich 17 Prozent des Gesamtvermögens von rund 20 Milliarden Franken, d. h. rund 3,5 Milliarden, in den Geldmarkt investiert, woraus eine Rendite

von 0,5 Prozent im Jahr resultierte. Der Einstieg in alternative Anlagen (Hedge-Funds, Private Equity) erfolgte auf oder nahe dem Höhepunkt, die Debakel um BT&T, Poscom, Kindercity usw. sind in schlechtester Erinnerung. Bekannt, aber nicht ersichtlich in den Geschäftsberichten, sind Investitionen in renditeschwache Immobilien, die auf Geheiss des Kantons erworben wurden.

Da stellt sich natürlich die Frage nach den in der Verantwortung stehenden Gremien. Der Regierungsrat beschliesst jährlich bezüglich der langfristigen Anlagestrategie; die Finanzdirektion erlässt die Ausführungsrichtlinien zuhanden der Geschäftsleitung und überwacht deren Tätigkeit. Somit ist klar, dass die Regierung die oberste Verantwortung über die Kasse hat und das finanzielle Schicksal von rund 70 000 Versicherten wesentlich mitprägt. Gerade sie hat es aber in den letzten Jahren offenkundig versäumt, rechtzeitig die Weichen für den Erhalt einer gesunden Kasse zu stellen.

Erich Reinhardt, Birmensdorf

«Spare in der Zeit . . .»

Bravo, endlich erfolgt die Klarstellung, was Sparen wirklich bedeuten würde (NZZ 12. 6. 10). Der von linken Kräften gerne benutzte Begriff «Kaputtsparen» gelangt nun ins korrekte Licht, es ist das Nichtsparen, das die Nationen, Kantone, Gemeinden, Familien und selbst die 18-jährig gewordenen Jugendlichen in den Ruin treibt. Die Grafiken der EU-Länder zeigen die katastrophale Situation, einen Schuldenberg, der unmöglich mit der heutigen Generation abgetragen werden kann.

Dazu kommt die hohe Arbeitslosigkeit, welche die Steuereinnahmen reduziert und damit die Belastung des Staates weiter erhöht. Statt sich einem Regierungsprogramm zur Reduktion der den an den Staat gerichteten Begehlichkeiten zu beugen, beginnen die Gewerkschaften mit Streiks. Wo lernt man dann eigentlich Sparen? Jeremias Gotthelf sagte es einst deutlich: «Zu Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.»

Werner Gebauer, Oberhasli

Georg Kreis und die Ausgewogenheit

Georg Kreis, Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, billigt Markus Spillmann zu, durchwegs die «richtigen Auswahlkriterien» für einen DRS-Regionaldirektor zu nennen (NZZ 15. 6. 10). Kreis fragt dann aber mit Bezug auf einen nicht genannten Kandidaten, was das konkret bedeute. Der Anonymus soll sich im Nationalrat für die Aufhebung der Kommission gegen Rassismus, später für deren «starke Verwässerung» eingesetzt haben. Und: Obwohl nicht zu befürchten sei, dass Topleute direkt Einfluss nähmen, hätten diese «im positiven wie im negativen Sinne eine Vorbildwirkung für den ganzen Betrieb». Was meint nun Georg Kreis, FDP-Mitglied, zu Roger de Weck als Generaldirektor der defizitären SRG, der sich als Journalist dezidiert linksliberal profilierte, ein übereifriger EU-Anschluss-Befürworter ist und sich im Club Helvétique gegen das ungebildete Volk und dessen direkte Demokratie wendet?

Hans Ulrich Meister, Riehen

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch